

Verkauf der GBW-Wohnungen ist für die SPD-Stadtratsfraktion ein "herber Rückschlag"



Foto: Wendl

Die SPD Stadtratsfraktion sieht im Verkauf der GBW Wohnungen an den Immobilienkonzern Patrizia einen "herben Rückschlag" in ihren Bemühungen um den "Erhalt von preisgünstigem Wohnraum in Regensburg".

"Der letzte Montag war ein schwarzer Tag für Mieter und Wohnungssuchende", so Fraktionsvorsitzender Hartl in einer Pressemitteilung am Freitag, 12. April.

CSU und FDP in Bayern trügen die Verantwortung für diese krasse Fehlentscheidung. Die SPD habe bei Ministerpräsident Seehofer und der Staatsregierung immer wieder versucht, durch Ergänzung der Mietverträge vor dem Verkauf Sicherheit für die Mieter zu schaffen. Es sei unterlassen worden, "weil dies wohl den Verkaufspreis geschmälert" hätte. Aus "reinem Profitinteresse der Staatsregierung" seien die Belange der Mieter hinten angestellt worden.

Für die Fehlentscheidungen und Verluste bei der Bayern LB müssten nun auch die vielen Mieter in Regensburg geradestehen und nicht die CSU Politiker im Aufsichtsrat der Bayern LB, die den Skandal zu verantworten haben. "Der Freistaat hätte die Wohnungen von seiner Tochter Bayern LB selbst erwerben müssen, dies wäre rechtlich möglich gewesen, anderslautende Aussagen von Finanzminister Söder sind frei erfunden."

Auch die Freien Wähler aus Regensburg hatten den Verkauf der Wohnungen kritisiert.

Autor: Pressemitteilung